

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 22. September 2005
in Hagen

Beginn: 09.00 Uhr
Ende: 11.00 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 16.06.2005

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit des Regionalrates, Feststellung der Tagesordnung
2. Benennung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 16.06.2005
4. Antrittsrede von Herrn RP Helmut Diegel
5. **Schwerpunktthema:** "Demografische Entwicklung und Generationengerechtigkeit" - Information
Rede von Frau Staatssekretärin Dr. Marion Gierden-Jülich, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW
Vorlage 30/03/05
6. Fachdialog "Schule – Wirtschaft" - Information
Vorlage 31/03/05
7. 24. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (GEP-TA OB SI) im Bereich der Gemeinde Burbach; - Änderung von Bereich für besondere öffentliche Zwecke in einen Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich (GIB Logistikzentrum Burbach)
- Aufstellungsbeschluss
Vorlage 32/03/05
8. 20. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (HSK/Soest) im Bereich der Gemeinde Anröchte – Erweiterung des Abgrabungsbereiches Klieve (Stübbenklei)

- Erarbeitungsbeschluss
Vorlage 33/03/05
9. Information des Regionalrates gemäß § 29 Abs. 11 Landesplanungsgesetz (alt § 23 d LPIG) über die Genehmigung der von E.ON-Ruhrgas AG geplanten Gasfernleitung Werne – Hamm-Uentrop (GuD-Kraftwerk)
Vorlage 34/03/05
10. Information des Regionalrates gemäß § 29 Abs. 11 Landesplanungsgesetz (alt § 23 d LPIG) über die Genehmigung der von RWE geplanten 380 kV-Anschlussleitung (GuD-Kraftwerk Hamm)
Vorlage 35/03/05
11. Mitteilungen
12. Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt **Herrn Oberbürgermeister Demnitz** als Gastgeber für die heutige Sitzung.

Darüber hinaus begrüßt er **Frau Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich** vom Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.

Weiterhin heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Anschließend richtet **Herr Demnitz** ein Grußwort an die Mitglieder des Regionalrates.

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest und weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 5 vorgezogen und vor dem Tagesordnungspunkt 4 behandelt wird. Darüber hinaus liegt ein Antrag der SPD Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung vor, um über eine Resolution zum Krankenhausinvestitionsprogramm 2006 zu beraten und zu beschließen. (s. **Anlage II**). Der Fraktionsvorsitzende Herr Pendzich erklärt, dass die SPD Fraktion aus Zeitgründen auf die Behandlung der Resolution in dieser Sitzung verzichtet, wenn das Thema auf die Tagesordnung für die Dezembersitzung genommen wird. Der Vorsitzende sagt dies zu und regt an, das Thema auch in der Strukturkommission ausführlich zu behandeln.

zu TOP 2: Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Frau Brigitte Cziehso** benannt.

zu TOP 3: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
„Der Regionalrat genehmigt die vorgelegte Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 16.06.2005.“

zu TOP 5: Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen.
Die Rede von Frau Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich ist als **Anlage III** beigefügt.

Die CDU Fraktion legt einen Ergänzungsantrag vor (s. **Anlage IV**).
Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:
Die Bezirksregierung wird gebeten, über die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen zur Bewältigung der sich abzeichnenden demografischen Probleme bei den Städten, Gemeinden und Kreisen des Regierungsbezirks detailliert zu berichten.
Der Regionalrat erwartet einen ersten Bericht Anfang 2006.

zu TOP 4: Die Antrittsrede von Herrn Regierungspräsident Diegel ist als **Anlage V** beigefügt.

zu TOP 6: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung begrüßt er die im Zusammenhang mit dem Fachdialog "Schule – Wirtschaft" beschlossenen und durchgeführten Maßnahmen und fordert die Städte, Gemeinden und Kreise

auf, alle Maßnahmen der Kooperation von Schule und Wirtschaft zu unterstützen bzw. ggf. selbst zu initiieren.“

Eine Abschrift der Aussprache zu diesem TOP ist als **Anlage VI** beigefügt.

zu TOP 7: Der Regionalrat fasst bei **einer Enthaltung einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Der Regionalrat nimmt den Bericht über das Erarbeitungsverfahren zur 24. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe) im Bereich der Gemeinde Burbach zur Kenntnis.
2. Die Bedenken der LÖBF und der Naturschutzverbände gegen die geplante Darstellung des Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) werden zurückgewiesen.
3. Die 24. Änderung des GEP, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (Kreise Siegen-Wittgenstein und Olpe) im Bereich der Gemeinde Burbach wird entsprechend der Anlage 1 beschlossen.

zu TOP 8: Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in der Beteiligtenliste (Anlage 4) die Gemeinde Anröchte fehlt und noch aufgenommen werden muss.

Punkt 2 des Beschlussvorschlages muss lauten:

"Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 4 unter den Nummern 1 - 43 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt."

Der Regionalrat fasst bei **einer Enthaltung einstimmig** folgenden Beschluss:

1. Die 20. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil (Kreis Soest und Hochsauerlandkreis) im Bereich der Gemeinde Anröchte wird entsprechend der Anlage 1 erarbeitet.
2. Im Änderungsverfahren werden die in der Anlage 4 unter den Nummern 1 - 43 aufgeführten Behörden und Stellen beteiligt.
3. Die Frist, innerhalb derer Bedenken und Anregungen vorgebracht werden können, wird auf 3 Monate festgesetzt.
4. Der Öffentlichkeit wird Gelegenheit gegeben, innerhalb von zwei Monaten zur 20. Änderung des Regionalplanes, Teilabschnitt Oberbereich Dortmund – östlicher Teil – bei der Bezirksplanungsbehörde Stellung zu nehmen.

zu TOP 9: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 10: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“

zu TOP 11: Es wurden diverse Mitteilungen zugesandt bzw. verteilt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Genehmigung der unter TOP 7 beschlossenen 24. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, Teilabschnitt Oberbereich Siegen (GEP-TA OB SI) im Bereich der Gemeinde Burbach; - Änderung von Bereich für besondere öffentliche Zwecke in einen Gewerbe- und Industriesiedlungsbereich (GIB Logistikzentrum Burbach) erteilt wurde und per Fax vorliegt.

zu TOP 12: Es liegt eine Anfrage der CDU Fraktion zum Thema IGVP vor (s. [Anlage VII](#)). Herr Eickhoff erklärt, dass lediglich für 4 Maßnahmen, die den Regierungsbezirk Arnsberg betreffen, Bewertungen vorliegen. Da das Ministerium die Bewertungen von dem Landesbetrieb Straßen noch auf Plausibilität prüfen lassen wird, können die Unterlagen erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Die Bezirksregierung hat das Ministerium gebeten, das Verfahren konzentrierter durchzuführen, damit die Ergebnisse dem Regionalrat möglichst in der nächsten Sitzung vorgelegt werden können.

Die SPD Fraktion hat eine Anfrage zu den Auswirkungen der haushaltswirtschaftlichen Sperre des Finanzministers auf die vom Regionalrat verantworteten Förder- und Straßenbauprogramme (s. [Anlage VII](#)). Sie bittet diese Anfrage in der nächsten Sitzung zu beantworten.

Herr Brunsmeier fragt nach dem Sachstand zur beabsichtigten FNP-Änderung und zum Engagement der Abgrabungsindustrie bei den Ausgleichs- und Ersatz-Maßnahmen im Rahmen des Nachfolgekonzeptes für die Steinbrüche der Stadt Geseke. Frau Geiß-Netthöfel erklärt, dass die Stadt Geseke bisher das FNP-Verfahren noch nicht eingeleitet habe. Z.Z. werden Gespräche mit der Abgrabungsindustrie geführt. Sie sagt zu, den Regionalrat zu gegebener Zeit schriftlich über den Sachstand zu informieren.

Herr Rahmede weist auf eine Pressemitteilung der EU-Kommission hin, nach der die Feinstaubrichtlinie novelliert wird. Er regt an, mit der Meldung der Luftreinhaltepläne zu warten bis nähere Einzelheiten bekannt sind. Herr Eickhoff wird über den Sachstand in der nächsten Sitzung des Regionalrates berichten.

Der Vorsitzende verabschiedet Frau Grehling, die in Kürze als Kämmerin zu der Stadt Aachen wechselt und aus dem Regionalrat ausscheidet.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11.00 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Cziehso, Ratsmitglied

.....
Wenner, Schriftführerin

SPD-Fraktion im Regionalrat des Regierungsbezirks Arnberg



Resolution

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Arnberg fordert die Landesregierung NRW auf, das Krankenhausinvestitionsprogramm unverändert weiterzuführen und die für den Regierungsbezirk Arnberg vorgesehenen Fördermittel nach Maßgabe des vom Regionalrat am 16.06.2005 (Vorlage 26/02/05) gefassten Beschlusses zur Verfügung zu stellen.

Eine Aussetzung der Krankenhausförderung oder gar ein vollständiger Verzicht ist aus Sicht des Regionalrates nicht akzeptabel. Es handelt sich hierbei nicht um die Bezuschussung überständiger Luxusprojekte. Die vom Regionalrat beschlossenen Fördermaßnahmen sollen den betroffenen Krankenhäusern notwendige Verbesserungen der medizinischen Versorgung ermöglichen oder zu einer betriebswirtschaftlich sinnvollen Optimierung betrieblicher Abläufe beitragen. Weder die betroffenen Krankenhäuser noch die Krankenhausträger sind in der Lage, die entsprechenden Maßnahmen aus eigener Kraft durchzuführen. Unterbleiben die vorgesehenen Investitionen, so besteht die akute Gefahr, dass die Leistungsfähigkeit oder gar der Bestand der betroffenen Krankenhäuser Schaden nimmt und damit das Versorgungsangebot insgesamt leidet.

TOP 5. Rede der Staatssekretärin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen Frau Dr. Gierden-Jülich anlässlich der Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Arnsberg am 22. 9. 2005 in Hagen zum Thema: "**Demographische Entwicklung und Generationengerechtigkeit**"

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Demnitz,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident Diegel,
sehr geehrter Herr Droege,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zuerst möchte ich Ihnen die besten Wünsche von Herrn Minister Laschet überbringen, der aufgrund längerfristig feststehender Verpflichtungen Ihrer Einladung leider nicht folgen konnte.

Ich freue mich, dass ich - relativ kurz nach der Bildung der neuen Landesregierung - die Möglichkeit habe, mit Ihnen über das Thema "Demographischer Wandel und Generationengerechtigkeit" zu sprechen.

Der Ministerpräsident hat mit der Bildung des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration ein klares Zeichen gesetzt.

Wir stellen in unserer Politik die Fragen in den Mittelpunkt, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ein wachsendes Gewicht haben werden:

- Wie stellen wir uns auf eine Gesellschaft ein, die älter wird?
- Wie gestalten wir Zusammenleben in einer Gesellschaft, in der immer mehr Menschen Wurzeln in anderen Ländern und Kulturen haben?
- Wie können wir den Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sichern?
- Wie entwickeln wir die Infrastruktur in den Städten und Gemeinden angesichts einer insgesamt schrumpfenden Bevölkerung weiter?

Sie haben sich hier im Regionalrat bereits sehr intensiv mit den Herausforderungen des demographischen Wandels auseinandergesetzt. Ich werde mich heute in meinen Ausführungen auf die Arbeit der Landesregierung konzentrieren.

Demographischer Wandel

Wovon reden wir, wenn wir vom Demographischen Wandel sprechen?

Die heutige Geburtenrate liegt bei 1,4 Kindern pro Frau. Sie müsste bei 2,1 liegen, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten. Bei den Berechnungen für die Bevölkerungsentwicklung geht das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalens davon aus, dass sich die Geburtenrate bis 2040 nicht erhöhen wird. Eine pessimistische, aber aus heutiger Sicht wohl leider realistische Einschätzung.

Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung der Menschen kontinuierlich:

- 2050 wird die durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen voraussichtlich rund 87 Jahre (heute: 81) betragen, bei Männern rund 81 Jahre (heute: 76). (Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 2003)
- Frauen werden damit im Durchschnitt 6 Jahre und Männer 5 Jahre älter als heute.
- Der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung liegt heute bei 51,3%. Durch die höhere durchschnittliche Lebenserwartung der Frauen wird der Anteil weiter steigen.
- In Verbindung mit der niedrigen Geburtenrate nimmt die Einwohnerzahl bis 2040 um 7% ab.
- Die Bevölkerungspyramide kehrt sich um.

- Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird steigen.
- Zugleich wird die Zuwanderung aller Voraussicht nach nicht mehr die Größenordnung wie zu Beginn der 90er-Jahre erreichen.

Fazit:

Unsere Gesellschaft wird kleiner, weiblicher, älter, bunter.

Damit verknüpfen sich Fragen wie:

- Wer bezahlt das Gemeinwesen, wenn immer weniger junge Menschen immer mehr finanzieren müssen?
- Kann eine Gesellschaft mit einem hohen Anteil an alten Menschen funktionieren? Behält sie die notwendige Innovationskraft und Dynamik?
- Müssen wir nicht über andere Lebensarbeitszeiten nachdenken?

Wir haben zwei Alternativen:

1. Wir machen so weiter wie bisher. Dann werden in absehbarer Zeit der heute jungen Generation die sozialen Sicherungssysteme um die Ohren fliegen, der Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte fehlen, die Städte werden sich entleeren, es werden Ghettos entstehen mit Migranten und Älteren.
2. Wir identifizieren die Chancen, die sich aus den gesellschaftlichen Veränderungen ergeben und gestalten diesen Prozess. Das kann Politik nicht im Alleingang, dafür brauchen wir Partner, z.B. in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in den Verbänden.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sind folgende Fragen von elementarer Bedeutung:

- Was können wir tun, damit lebenslanges Lernen eine größere Rolle spielt?
- Wie kommen wir, nicht nur verbal, zu einem neuen Bild vom Altern, einem Bild, das viel stärker von der Kompetenz und Kraft ausgeht, die immer mehr ältere Menschen haben.
- Wir werden Abschied vom Jugendwahn nehmen müssen, gerade auch in den Unternehmen.
- Wir werden aber auch jungen Menschen gezielter Entfaltungsräume und berufliche Chancen und damit Zuversicht geben müssen.
- Wir werden Werte und Verbindlichkeiten neu definieren müssen, vor allem auch vor dem Hintergrund der wachsenden kulturellen Vielfalt in unserem Land.

Für uns und für die meisten Menschen in unserem Land ist die Familie der originäre und natürliche Ort, an dem Kinder ihre wichtigste Prägung erfahren, in der Generationensolidarität gelebt werden kann, in der Menschen, weil sie so angenommen werden wie sie sind, Rückhalt und Kraft finden. Deshalb tun wir gut daran, auch wenn die Modelle familiären Zusammenlebens vielfältiger werden, viele Familien diesem Anspruch nicht entsprechen können. Eltern verunsichern nach Vorgaben für die Kindererziehung suchen, all unsere Kraft in die Stärkung der Familien zu legen.

1. Familienzentren

Ein maßgeblicher Grund für die geringe Geburtenrate in unserem Land ist die nach wie vor unzureichende Infrastruktur für Kinder. Wir wollen dies ändern. Wir wollen nicht, dass der Wunsch nach Kindern daran scheitert, dass Eltern nicht wissen, wie sie die Kleinen betreuen sollen.

Im nächsten Kindergartenjahr soll deshalb in jedem Jugendamtsbezirk ein Familienzentrum als Modelleinrichtung die Arbeit aufnehmen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2012 die Kindertageseinrichtungen, die nicht mehr voll ausgelastet sind, zu Familienzentren umzugestalten.

Die Familienzentren werden neben der klassischen Aufgabe der Kinderbetreuung und der Sprachförderung Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung der Familien. Weitere Angebote werden die Vermittlung von Tagesmüttern und -vätern sowie Angebote zur Familienbildung sein. Die Angebotspalette ist erweiterbar. Für weitere, auch regional spezifische Anregungen sind wir offen und werden sie nach Möglichkeit aufgreifen. Vom Zusammendenken der Förderung von Kindern mit der Ansprache ihrer Eltern versprechen wir uns eine qualitative Steigerung der Angebote für Kinder, aber auch, z.B. unter integrationspolitischen Gesichtspunkten, einen leichteren Zugang zu deren Eltern.

Wir schaffen so zentrale, wohnortnahe und niedrigschwellige Anlaufstellen für Familien und verbessern die Infrastruktur für Familien nachhaltig.

2. Kinderbetreuung für Kinder unter 3 Jahren

Kinderbetreuung muss für möglichst alle Altersgruppen zur Verfügung stehen. In anderen Ländern ist das längst selbstverständlich.

Bei uns führt der Rückgang der Geburtenzahlen dazu, dass künftig Kindergartenplätze frei werden. Wir wollen diese Kapazitäten für Betreuungsangebote an Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stellen. Bis 2010 soll für jedes fünfte Kind unter drei Jahren ein solcher Platz bereit stehen. Man muss sich einmal vorstellen, was es heißt, dass heute nur für 2,8% der Kinder ein solches Angebot zur Verfügung steht!

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Indem wir an dieser Stelle ansetzen, verbessern wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir können es uns gesellschaftlich nicht länger leisten, dass der Kinderwunsch gut qualifizierter Frauen sie dazu bringt, den Beruf aufzugeben. Wir dürfen das auch den Frauen nicht zumuten. Sie sind immer besser ausgebildet und sie haben ein Recht darauf, ihre Fähigkeiten zu nutzen, wenn sie das wollen. Es geht nicht darum, Lebensmodelle vorzuschreiben, sondern Lebensmodelle möglich zu machen. Auch wer sich ganz und gar den Kindern widmet, verdient volle Anerkennung und Respekt.

4. Erwerbstätigkeit von Frauen

Nicht zuletzt in Anbetracht des prognostizierten Fachkräftemangels werden die Kompetenzen von Frauen immer stärker gebraucht. Wir haben heute in unserem Land eine hervorragend ausgebildete Frauengeneration. Damit sind Frauen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, nicht nur als Konsumentinnen, sondern als qualifizierte Beschäftigte, mit Verantwortung auch auf den oberen Hierarchiestufen, oder als Existenzgründerinnen.

Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen verändert den Alltag in den Familien.

Die auch heute noch weit verbreitete traditionelle Rollenverteilung und das Rollenverständnis in den Familien lässt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Väter müssen eine aktivere Rolle bei der Betreuung und Erziehung der Kinder übernehmen.

Die Rolle der Männer gerät in der letzten Zeit insgesamt stärker in den Blickpunkt. Derzeit scheitern viele Kinderwünsche der Frauen schlicht an dieser Stelle. Es ist ja schon bemerkenswert,

dass ein Mann bis ins Seniorenalter als "Noch-nicht-Vater" durchgeht, weil seine biologische Uhr eben anders tickt. Wir brauchen aber mehr junge Männer, die die Vaterrolle annehmen.

5. Kinder- und Jugendpolitik

Unsere Kinder und Jugendliche sind die Zukunft des Landes. Darum machen wir eine offensive Kinder- und Jugendpolitik.

Die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung sind entscheidende Ansatzpunkte. In den Tageseinrichtungen muss der Bildungsauftrag gestärkt und verstärkt werden. Im Kindergartenalter werden die Grundlagen für schulischen und beruflichen Erfolg gelegt.

Hierzu zähle ich vor allem die Sprachkompetenz. Gemeinsam mit dem Schulministerium erarbeiten wir derzeit Konzepte für Sprachtests und darauf aufbauende Sprachfördermaßnahmen. Wir wollen die Kooperation zwischen Kindergarten und Schule am Übergang von Kindergarten zur Schule intensivieren. Durch die Stärkung des Bildungsansatzes bei der frühkindlichen Förderung wollen wir die beiden Systeme Kindertagesstätte und Schule einander annähern und zu einem ganzheitlichen Bildungsansatz kommen, in dem nonformale und formale Bildungsangebote altersgerecht aufeinander aufbauen und sich ergänzen. Lebenslanges Lernen beginnt für uns im Kindergarten.

6. Aktive Seniorinnen und Senioren

Wir brauchen ein anderes Bild von Alter. Unsere Gesellschaft wird nur zusammen halten, wenn es sich alle Generationen in ihr aufgehoben und angenommen wissen.

Wir haben heute viele aktive Seniorinnen und Senioren. Die Vitalität und der Tatendrang der älteren Generation werden nicht zuletzt durch den medizinischen Fortschritt weiter zunehmen. Die Bedeutung und der gesellschaftliche Einfluss von Seniorinnen und Senioren werden größer, gerade auch durch den künftig höheren Anteil an der Gesellschaft.

Seniorinnen und Senioren haben umfangreiche Erfahrungsschätze und Kompetenzen. Und viele sind gern bereit, sie einzubringen. Die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in der Gruppe der jungen Alten ist groß. Das hat zuletzt der 2. Freiwilligen Survey eindrucksvoll bestätigt. Den Engagierten gibt das Engagement Bestätigung und Zufriedenheit, die Allgemeinheit profitiert von diesem Einsatz. Aber nutzen wir schon alle Ressourcen?

Hier sind Ideen gefragt, die die Älteren zu einem aktiven Beitrag anregen. Betätigungsfelder gibt es genug und nicht wenige bringen Kontakte zu jungen Menschen und jungen Familien. Das ist dann gelebte Generationensolidarität, die das Klima in der gesamten Gesellschaft nachhaltig positiv beeinflussen kann. Denn angesichts der veränderten Familienformen stellt sich ein Austausch der Generationen nicht mehr unbedingt von alleine ein.

7. Wohnraum

Wir müssen natürlich auch die Infrastruktur den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Der Bedarf an Wohnraum wird sich verändern. Die Nachfrage nach altengerechten Wohnungen wird steigen. Der Wunsch nach Eigenständigkeit und einem möglichst langen Wohnen in den eigenen vier Wänden wird die Infrastruktur in den Orten verändern.

Modelle und Beispiele für ein generationenübergreifendes Wohnen gibt es heute schon. In Dortmund leben z.B. 41 Menschen - Familien, Alleinerziehende, Paare, Singles und Senioren - in einem Gebäudekomplex zusammen. Dieses sogenannte "WohnreWIR" ist ein Entwurf, der zeigt, wie künftig Leben und Wohnen funktionieren kann:

Senioren passen auf die Kinder auf, die Jüngeren helfen bei Einkäufen oder Reparaturen, die Begleitung zum Arzt wird organisiert und nicht zuletzt werden gemeinsame Feste veranstaltet. Und dennoch hat jede Bewohnerin und jeder Bewohner die eigenen vier Wände und somit die individuelle Freiheit, sich in die eigene Wohnung zurück zu ziehen.

Diese Form des Zusammenlebens, bestimmt von gegenseitiger Hilfe und Rücksichtnahme, halte ich nicht nur im Kleinen für zukunftsweisend. Wenn die Grundidee in das gesellschaftliche Miteinander und Denken einfließt, können viele Konflikte vermieden werden. Unser Leitbild ist nicht das "Generationenghetto", wie es in einigen anderen Ländern gelebt oder geplant wird (Sun-City in den USA).

8. Wirtschaftskraft der Seniorinnen und Senioren

Die Wirtschaftskraft der Seniorinnen und Senioren ist heute schon enorm. Die über 60-Jährigen verfügen schätzungsweise über ein Nettovermögen von rd. zwei Billionen Euro. Mit der voranschreitenden Alterung der Gesellschaft wird die Kaufkraft weiter zunehmen. Die Änderung des Angebots- und Nachfrageverhaltens ist eine Herausforderung, auf die die Wirtschaft eine Antwort finden muss.

Ich möchte Sie an dieser Stelle auf die erste deutsche Studie zu Senioren und Einzelhandel hinweisen: "Gemeinsam auf Wünsche älterer Menschen eingehen - Chance für den Einzelhandel" (im Internet auf der Homepage: www.seniorenwirt.de abrufbar.)

Herr Minister Laschet hat die Studie vor kurzem vorgestellt. Darin macht das Institut für Handelsforschung konkrete Vorschläge, wie Einzelhändler durch Ladengestaltung, Standort und Produkte den Wünschen und den Bedürfnissen von Senioren gerecht werden können. Die "Landesinitiative Seniorenwirtschaft", in deren Auftrag die Studie erstellt wurde, hilft, damit die Angebote von Industrie, Handwerk und Handel den Bedürfnissen der älteren Menschen besser entsprechen. Da ist noch viel zu tun. Es ist z.B. nicht akzeptabel, dass 60-Jährige heute kaum noch als kreditwürdig eingestuft werden oder dass der Wahrheitsgehalt ihrer Aussage über Gewicht in Zweifel gezogen wird.

Wir müssen uns aber auch fragen, wie sich junge Menschen in einer Gesellschaft wieder finden, in der die älteren überwiegen. Hier Brücken zu bauen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

9. Integrationspolitische Ansätze

In Zukunft werden wir nicht nur sehr viel mehr ältere Menschen haben, sondern auch sehr viel mehr Menschen mit "Migrationshintergrund".

Heute leben rund 4 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Nordrhein-Westfalen,

- die selbst ausländischer Herkunft und deutsche Staatsbürger sind,
- die mindestens einen Elternteil ausländischer Herkunft haben,
- die als Spätaussiedler zu uns gekommen sind oder
- die eine ausländische Staatsbürgerschaft haben.

Angesichts der sich verändernden Zusammensetzung unserer Gesellschaft wird das Gelingen der Integration zu einer weiteren wichtigen Zukunftsfrage für unser Land. In NRW stellen sich diese damit verbundenen Herausforderungen in verstärkter Form, haben doch in manchen Städten (z.B. Köln) bereits 20 % der Menschen einen Migrationshintergrund.

Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Wir wollen die Integration; und wir fordern die Integrationsbereitschaft der Betroffenen.

Die Landesregierung wird in der Kinder- und Jugendpolitik dafür sorgen, dass die Kinder aus Zuwandererfamilien bessere Bildungschancen bekommen. Mit dem Ausbau der Sprachförderung im Kindergarten wollen wir erreichen, dass alle Kinder bei der Einschulung Deutsch verstehen und sprechen können. Die Beherrschung der Sprache ist der Schlüssel für Schule und Beruf und damit für Integration.

Durch unsere Familienpolitik - und konkret durch die neuen Familienzentren – ich habe es schon gesagt, werden wir die Erziehungsberatung und andere Unterstützungsangebote näher auch an Migrantenfamilien heran bringen. Die Frauenpolitik der Landesregierung unterstützt besonders den Zugang von Mädchen und Frauen aus Zuwandererfamilien zu Ausbildung und Beruf.

10. Arbeitsmarktpolitische Ansätze

Die problematische Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt brauche ich nicht näher zu erläutern. Sie ist hinreichend bekannt. Die Landesregierung hat sich entschlossen, in diesem Jahr 100 zusätzliche Ausbildungsplätze für ihrem Bereich zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Aufstockung bilden wir in nicht verwaltungsspezifischen Berufen 4.400 junge Menschen aus. (4.400 = alle Auszubildenden vom 1. - 3. Ausbildungsjahr)

Dabei ist der Landesregierung eines wichtig: Wer heute junge Menschen ausbildet, qualifiziert die Fachkräfte von morgen.

In diesem Sinn möchte ich an Sie die Bitte richten: Prüfen Sie, ob Sie in ihrem Einflussgebiet noch in diesem Jahr für zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen können.

Generationengerechtigkeit

Denn eines ist klar: Generationengerechtigkeit macht sich auch daran fest, dass wir der jungen Generation eine Chance geben, den Weg ins Berufsleben zu finden. Was könnte Solidarität praktischer machen, die von Generation zu Generation reicht, als unser Einsatz für die Berufschancen junger Menschen?

Das Gleiche gilt für den gesamten Bereich der Bildung.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen kann es nur geben, wenn die jungen Menschen ihre Chance auf hervorragende Bildung bekommen. Für mich wird der abstrakte Begriff der "Generationengerechtigkeit" an dieser Stelle konkret. Und er umfasst noch mehr:

Am sinnfälligsten mit Blick auf die Umwelt. Wir müssen sie erhalten und bewahren, weil es nicht gerecht wäre, unseren Kindern und Enkeln eine beschädigte Natur zu hinterlassen. Auch hier muss noch sehr viel geschehen. Der furchtbare Wirbelsturm im Süden der USA hat uns gezeigt, was eine entfesselte Natur für Schäden verursachen kann. Es kann nicht sein, dass unsere Generation die Ressourcen "verbrät" und den Nachkommenden vor allem die Schäden überlässt.

Und ich spreche von einer Aufgabe, die uns noch sehr großes Kopfzerbrechen bereiten wird. Ich meine die Generationengerechtigkeit in den sozialen Sicherungssystemen. Die Bereitschaft, Beiträge zu bezahlen, ist letzten Endes an die Erwartung gekoppelt, dass jede und jeder zumindest die *Chance* auf Absicherung im Alter oder im Notfall hat. Diese Bereitschaft zur Solidarität, der viel zitierte Generationenvertrag, gerät durch die demographische Entwicklung und durch mangelnde Anpassung der sozialen Sicherungssysteme daran immer stärker in Gefahr. Wenn ganze Generationen vermuten, dass sie mehr einzahlen als sie je herausbekommen werden, wird Solidarität brüchig.

Und wenn ich von Generationengerechtigkeit spreche, muss ich auch die öffentlichen Finanzen nennen.

Die heute verantwortliche Generation darf keine Schuldenberge hinterlassen, für die noch unsere Urenkel aufkommen müssen. Eine strikte Haushaltskonsolidierung ist auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit unerlässlich.

Schlussbemerkung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen und schließen:

Wir brauchen ein neues, positiveres Bild des Alters. Heute - und in Zukunft noch stärker - definiert sich Alter auch über Kompetenzen und Ressourcen, nicht über Defizite. Positive Beispiele machen dabei Schule und wir fördern sie und machen sie bekannt.

Wir wollen, dass Frauen *und* Männer ihren Beruf und die Familie besser vereinbaren können. Nur dann werden auch wieder mehr Kinder geboren werden.

Wir bereiten NRW auf eine Gesellschaft vor, in der immer mehr Menschen Wurzeln auch in anderen Kulturen haben. Aus dieser Vielfalt soll Stärke erwachsen.

Und wir müssen die Infrastruktur unseres Landes an eine kleiner werdende Zahl von Menschen anpassen.

Nordrhein-Westfalen stellt sich den Herausforderungen, die der demographische Wandel mit sich bringt. Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend.

Das MGFFI wird eine vorausschauende gesellschaftliche "Entspannungspolitik" verfolgen. Entlang und innerhalb der Generationen dürfen keine Konfliktlinien aufreißen und dürfen sich bestehende Konflikte nicht verschärfen.

Bis zu einer wirklichen Generationengerechtigkeit ist der Weg noch weit, aber wir machen uns auf und wollen möglichst viele auf unserem Weg mitnehmen.

Wir suchen darum den Dialog mit allen Kräften, die für das Zusammenleben der Generationen Verantwortung tragen. Bei der Fülle dieser Aufgaben sind wir auch auf die Unterstützung der

Regionen angewiesen. Ich wäre dankbar, wenn wir hier bei Ihnen auf tatkräftige Mithilfe bei dieser wichtigen Arbeit rechnen dürften.

Aussprache zu TOP 5

Herr Droege:

Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin Dr. Gierden-Jülich, für ihre Ausführungen. Sie haben nach meiner Einschätzung deutlich gemacht, dass im Grunde alles mit allem zusammenhängt. Insbesondere haben Sie einige deutliche Hinweise darauf gegeben, wo Ansatzpunkte für unsere Diskussion gegeben sein könnten und wie wir in Zukunft mit dem Thema "Demografie" und den vielen Facetten, die darin enthalten sind, umgehen könnten. Dieses Thema ist nämlich kein Abstraktum sondern handelt von Problemen, die inzwischen ganz konkret vor Ort existieren - und damit in unseren Regionen und vor allen Dingen in unseren Städten und Gemeinden.

D. h. hier sind Themen angerissen, bei denen nicht nur die große Politik gefragt ist, wie zum Beispiel bei den sozialen Sicherungssystemen, sondern bei denen jeder, der in der politischen Verantwortung vor Ort zu Hause steht, sich selbst fragen muss, wo sein persönlicher Beitrag ist, nicht nur im familiären Sinn sondern auch aus seiner öffentlichen Position heraus.

Ich bitte um Diskussionsbeiträge.

Frau Cziesho:

Frau Staatssekretärin, ich fand die Ansätze, die ich von Ihnen gehört habe sehr richtig und sehr wichtig. Ich denke, dass wir uns in der Zukunft mit einzelnen Bausteinen aus Ihrem Vortrag ein bisschen intensiver beschäftigen sollten. Ihre Vorstellungen bezüglich der Familienzentren war mir relativ neu. Darüber würde ich gerne noch mehr hören.

Es gibt auch noch andere Dinge, die ich aber jetzt hier nicht ansprechen will, weil wir keine lange sachliche Diskussion führen können. Was mich gefreut hat, ist die Tatsache, dass Sie herausgestellt haben, dass wir die Situation, die die Vorlage beschreibt, nicht als gottgegeben hinnehmen müssen sondern dass es Vorschläge geben muss, wie man diese Dinge verändern kann.

Es gibt aber auch Aspekte, die in Ihrem Vortrag sicherlich auch aus Zeitgründen nicht zum Ausdruck kamen. Wir haben z. B. sehr häufig Diskussionen über die Ausweisung von Gewerbe- und Wohnbauflächen. Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass sich eine Region in seiner Bevölkerungsentwicklung stärken will, dann muss ich dem auch in diesen Bereichen Rechnung tragen und hier Vorsorge treffen. Oder anders

gesagt: Ich brauche dafür Arbeitsplätze in einer Region. Ich habe in dem Zusammenhang eine Bemerkung aus der Planungskommission im Ohr: Wir werden weniger, wir werden weniger Arbeitsplätze haben, also brauchen wir nicht so viele Gewerbeflächen. Das sehe ich so nicht, obwohl ich mit Herrn Brunsmeier, der das gesagt hat, in einigen Punkten einig bin.

Das Thema "Demografie" hat für uns auf der Arbeitsebene zwei Schwerpunkte. Die eine Frage ist: Was kann die Regionalplanung tun, um hier einzuwirken? Die andere und eigentlich wichtigere Frage, das haben Sie auch gesagt, ist: Was wird auf der Ebene der Städte und Gemeinden getan und wie können wir womöglich da unterstützend wirken? Ich habe mich gefreut, dass Sie gesagt haben, dass das Land ebenfalls helfen will.

Zum Antrag der CDU-Fraktion, die hier einen Sachstandsbericht aus den Städten und Gemeinden einfordert. Ich könnte mir vorstellen, dass dieser Bericht sehr umfangreich werden wird, denn diese Themen werden ja auch in den Städten und Gemeinden diskutiert.

Herr Droege:

Danke, Frau Cziehso. Ich vermute fast, dass die CDU später zu ihrem eigenen Antrag auch noch was sagen wollte. Ich habe jetzt Wortmeldungen gesehen von Herrn Liedmann, Frau Weiß und Herrn Rahmede, dann Herr Dücker und ich denke, dass es dann an der Zeit wäre, dass vielleicht die Frau Staatssekretärin noch einmal das Wort ergreift.

Herr Liedmann:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich denke wir sind uns einig, dass man die Analyse so unterschreiben kann. Wir haben ja die Analysephase schon im vergangenen Jahr, mit der Vorlage, die im Regionalrat am 01. Juli 2004 vorgelegen hat, eingeleitet. Diese Vorlage beschreibt die dramatischen Veränderungen, die wir ja im Regierungsbezirk Arnsberg erleben können, und die Vielschichtigkeit der Probleme, die diese demografische Entwicklung bereitet.

Die Frage ist: Wie reagieren wir auf diesen Prozess der strukturellen Veränderungen und auch der Veränderungen in dem Bevölkerungsaufbau? Sie haben eben darauf hingewiesen, dass es nicht dahin kommen darf, dass wir Parallelgesellschaften haben oder in Zukunft Parallelgesellschaften bekommen werden. Es muss also das

Augenmerk darauf gelegt werden, dass es nicht zu einer Segregation, die wir auch im Ruhrgebiet erleben, kommt, wo Menschen deutscher Herkunft abwandern in Ballungsrandbezirke und dann die Bevölkerung, die eben nicht deutscher Herkunft ist, bleibt. Das gilt es in Zukunft mit einer gezielten Politik zu vermeiden. Da wird es spannend, wie denn die Politik der Landesregierung in diesem Punkt aussieht, und es ist auch spannend, die Einflussgrößen, die wir hier im Regionalrat zu diesem Punkt haben, festzustellen.

Es kann nicht dahin gehen, die Politik, die bisher gemacht worden ist, in diesem Bereich fortzusetzen. Sondern es muss dahin gehen, kritisch zu überprüfen, ob z. B. die bisherige Politik mit den Einzelhandelskonzepten, noch Bestand haben wird. Ich denke an das veränderte Generationsverhalten. Wenn Menschen älter werden, haben sie andere Bedürfnisse z. B. im Wohnort nahen Einkaufsverhalten. Wenn der Einzelhandel nicht darauf reagiert, müssen wir zur Lösung kommen.

Interessant wird auch sein, wie dann die Verkehrspolitik des Landes aussehen wird und wie wir als Regionalrat darauf reagieren. Das sind so verschiedene Komponenten, die wir als Regionalrat untersuchen sollten. Es kann im Übrigen nicht dahin gehen, die bisherige Politik des immer mehr, des quantitativen Wachstums fortzusetzen. Wir müssen kritisch überprüfen, ob wir mit der bisherigen Politik richtig liegen.

Die spannende Frage wird auch zu stellen sein, wie wir dem Stadt-Land-Gefälle gerecht werden können. Wenn die Vorrednerin darauf hinweist, dass wir natürlich im ländlichen Raum etwas tun müssen, bedeutet das, dass wir bei weniger Landesmitteln, die uns zur Verfügung stehen, dann in den Ballungsräumen weniger tun können?

Herr Droege:

Danke, Herr Liedmann. Ich habe jetzt noch die Wortmeldungen von Frau Weiß, Herrn Rahmede, Herrn Dücker, Frau Wawrzyniak, Frau Kaplan und von Herrn Melcher vorliegen.

Frau Weiß:

Ich habe zwei Fragen an die Staatssekretärin. Sie sprachen davon, dass in Nordrhein-Westfalen Familienzentren neu geschaffen werden sollen als offenes Konzept, möglichst wohnortnah. Das finde ich sehr interessant. Allerdings stellt sich mir dann bei relativ leeren Kassen des Landeshaushaltes die Frage, ob in diese Familienzentren die bisherigen Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen integriert werden oder ob

das Konzept zumindest vorsieht, dass die bestehenden Frauenhäuser und Beratungsstellen Gewalt in der Familie weiter im bisherigen Umfang erhalten bleiben.

Herr Rahmede:

Frau Staatssekretärin, Herr Regierungspräsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die demografische Entwicklung ist ein zentrales Problem der Gesellschaft geworden. Es ist mittlerweile seit ca. einem Jahr eingängig und es hat ein Ideenwettbewerb eingesetzt, was man alles machen und tun könnte. Darüber bin ich auch sehr froh. Wir müssten jetzt aber daran gehen, zu sehen, was denn jetzt vor Ort passieren muss. Deswegen haben wir unseren Antrag gestellt. Wir erwarten uns davon einen Überblick über das, was örtlich passiert. Es ist ja nicht nur die Gemeinde, es sind nicht nur Verbände, es sind ja teilweise auch Einzelaktionen, die sich mit diesen Dingen beschäftigen.

Ich möchte außerdem Frau Cziehso ausdrücklich zustimmen, dass hinsichtlich der Flächenpolitik und der Städtebaupolitik nicht reflexartig reagiert werden darf, nach dem Schema: Die Bevölkerung schrumpft in 10 Jahren um 3 Prozent, jetzt müssen wir hier die Förmchen in den Sand legen und da können wir nichts mehr tun. Ich möchte die Landesregierung ermuntern, dass das nicht dazu führt, dass jetzt in der Landesplanung restriktiv gehandelt wird. Herzlichen Dank.

Frau Wawrzyniak:

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, ich finde es sehr gut, dass beim Thema demographischer Wandel, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie so stark in den Mittelpunkt gestellt wird, wenn wir wollen, dass auch hier in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden. Das zeigen z. B. die skandinavischen Länder, wo es eine höhere Frauenerwerbsquote gibt, wo die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wesentlich besser geregelt ist.

Ich denke, dass es gut ist, dazu bestimmte Maßnahmen zu ergreifen und dass es sehr gut ist, die stärkere Beteiligung von Vätern zu fördern. Doch faktisch ist es so, dass doch die stärkste Last immer noch bei den Frauen liegt. Daher müssen in erster Linie Frauen gefördert werden, die Beruf und Familie verbinden wollen, damit sie die beruflichen Lasten tragen können. Ich denke an Arbeitszeitmodelle und die Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf, damit sie die Chance haben, auch wieder

qualifiziert in den Beruf zurück zu kehren. Von daher möchte ich Sie bitten, auch in dem Bereich deutliche Akzente zu setzen. Danke.

Frau Kaplan:

Nun die Ergänzung: Ich denke, dass ich als Vertretung der Regionalstellen Frau und Beruf mein Wort in die Waagschale werfen darf, wenn wir das so deutlich definiert haben, dass die Geburtenrate und die Frauenerwerbstätigkeitsquote offensichtlich im Zusammenhang stehen. Wenn wir in die anderen europäischen Länder gucken, sehen wir, dass wir hier noch eine ganze Menge tun müssten. Meine Bitte daher an Sie, Frau Staatssekretärin, dass die Regionalstellen Frau und Beruf in diesem Land eine Perspektive bekommt. Vielen Dank.

Herr Dücker:

Frau Staatssekretärin, Herr Regierungspräsident, Herr Vorsitzender, ich denke, dass wir uns einig sind, dass wir differenzierte Förderung insgesamt begrüßen. Ich halte es aber auch für notwendig, dass wir eine Klammer finden, eine gemeinsame Generationenpolitik durchzusetzen, so dass wir nicht nur Senioren, Jugend und Mittelalter auseinander dividieren. Es muss eine Klammer geschaffen werden, die alle Generationen mit einbezieht, die sich dann gegenseitig sozusagen befruchten. Der Antrag der CDU-Fraktion ist geradezu notwendig und ich begrüße ihn deswegen, weil wir in unserer Region ja sehr viele Mitbewerber in der zukünftigen demografischen Entwicklung haben. Jeder möchte auf seinem Gebiet diese Negativentwicklung ins Positive umkehren. Ich denke, dass wir als Regionalrat geradezu die Aufgabe haben, hier zu koordinieren

Herr Melcher:

Frau Staatssekretärin, im Hinblick auf Sprachförderung in Kindergärten unterstützen wir doch sicherlich alle, dass da etwas getan werden muss. Meine Bitte ist nur, stellen Sie bitte ausreichendes Geld zur Verfügung, damit auch alle Anträge bedient werden können. Im Kreis Olpe konnten im begonnenen Kindergartenjahr gerade einmal 50 % der vorliegenden Anträge auf Sprachförderung in diesem elementar wichtigen Bereich genehmigt werden, weil die entsprechenden Landesmittel nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt worden sind. Deshalb habe ich die dringende Bitte hier den Worten auch entsprechende Taten folgen zu lassen.

Zum CDU-Antrag wäre meine Bitte auch an die Bezirksregierung, das insoweit zu konkretisieren, dass der Bereich der Zuständigkeit der Bezirksregierung und des Regionalrates eingehalten wird. Ich appelliere hier an die Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung. Wir haben eigenständige Bereiche und die möchte ich gerne hoch halten.

Herr Droege:

Herr Pendzich, Sie hatten sich auch noch gemeldet.

Herr Pendzich:

Frau Staatssekretärin, Sie haben ja eine ganz breite Palette von Themen abgedeckt. Sie haben eben auch über die Migration gesprochen und darauf hingewiesen, dass in diesem Zusammenhang der Aspekt der Integration von ausländischen Mitbürgern und von Zuwanderern eine erhebliche Bedeutung hat. Mir drängt sich in dem Zusammenhang eigentlich die Frage auf, wie dazu ein Vorhaben wie beispielsweise die Abschaffung der Schulbezirke passt. Ich erspare es Ihnen jetzt an dieser Stelle darauf zu antworten, aber das ist sicherlich eine Diskussion, die man innerhalb der neuen Landesregierung führen muss.

Im Übrigen meine ich, Herr Vorsitzender, drängt sich die Frage auf, wie der Regionalrat flankierende Maßnahmen ergreifen kann, um die Kommunen, die ja in erster Linie gefordert sind, zu unterstützen. Es kann meines Erachtens nicht damit sein Bewenden haben, dass wir die demografische Entwicklung in zwei, drei Sitzungen zum Schwerpunktthema machen und dann ansonsten im Hinterkopf mit uns herumtragen. Ich meine schon, wir müssen nach Wegen suchen, wie wir das zu einem Thema machen, das wir regelmäßig wiederkehrend bei Planungsvorhaben und bei strukturpolitischen Entscheidungen ansprechen und vor Augen haben, damit wir keine Entscheidungen treffen, die gegenüber dem, was wir heute diskutiert haben, kontraproduktiv sind. Ich wäre im Übrigen dankbar, wenn Sie, Herr Regierungspräsident, uns dabei behilflich sein würden.

Herr Droege:

Danke Herr Pendzich. Ich verstehe den Antrag der CDU dahingehend, dass bezogen auf die kommunale Ebene, quasi best-practice- aber auch Negativbeispiele gesamt-

melt werden. Wir müssen uns als Regionalrat aber auch die Frage stellen, wie wir damit dann auch in der Regionalplanung umgehen.

Aber jetzt, Frau Staatssekretärin, haben Sie das Wort.

Frau Dr. Gierden-Jülich:

Vielen Dank. Ich will versuchen, zumindest kurz auf die angesprochenen Aspekte einzugehen. Was Regional- und Städteplanung angeht, geht es jetzt nicht um die quantitative Frage, also: weniger Bevölkerung bedeutet weniger Angebote. Es geht viel mehr um die Frage, wie ich die Angebote so gestalte, dass ich den Veränderungen der Gesellschaft vorausschauend Rechnung trage. Ich glaube, da sind Sie sicherlich die berufeneren Experten als ich, diese Prozesse zu steuern.

Es kann nicht sein, dass wir, weil wir in zehn Jahren nur noch so und so viel Prozent junge Menschen haben, uns um diese Zielgruppe nicht mehr kümmern. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die jungen Menschen eben dann auch noch in ihrem Stadtviertel ihre Entfaltungsspielräume haben, wo dann vielleicht mehr Ältere wohnen, wo wir dann aber in einer anderen Form z. B. mit flexibleren Wohnangeboten eben diesen Veränderungen Rechnung tragen können. Also es geht nicht um weniger, sondern es geht letztlich um zielgenauere und auch flexiblere Planung, die solche Veränderungen mit einkalkuliert.

Zu den Familienzentren und Frauenhäusern: Die Angebote für Frauen, die von Gewalt und sexuellem Missbrauch betroffen sind, sind Spezialangebote und haben einen eigenständigen Stellenwert. Es ist nicht angedacht, diese Angebote in die Familienzentren zu integrieren. Wir denken aber sehr wohl darüber nach, wie wir z. B. die Fachkräfte in den Einrichtungen so qualifizieren, dass sie Problemlagen, die in Familien bestehen, erkennen. Da sind verschiedenste Organisationsformen denkbar, z. B. sog. Lotzenmodelle, wo die Kindertagesstätten so ausgestattet sind, dass dort eine Einstiegsberatung stattfindet und ansonsten, falls erforderlich, Kooperationen mit anderen Stellen vereinbart werden. Aber der sog. Gewaltbereich ist ein eigenständiger Bereich, der nicht in die Familienzentren integriert werden soll, wo Familienberatung, Familienbildung, Tagesmüttervermittlung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und diese Dinge angesiedelt sein sollen.

Die Nachfrage nach passgenaueren Arbeitszeitmodellen steigt signifikant; auch aus Sicht der Wirtschaft. Wir rennen inzwischen, was Arbeitszeitgestaltung angeht, in den Unternehmen offene Türen ein. Das Engagement der Unternehmen z. B. für Infra-

struktur zur Kinderbetreuung lässt hingegen noch zu wünschen übrig. Aber was das Thema Arbeitszeitgestaltung angeht, so sind sie grundsätzlich offen. Probleme haben wir vielleicht noch im Handwerk und in kleineren mittelständischen Betrieben. Aber auch da, jedenfalls haben das so meine Erfahrungen mit der Allianz für die Familien und auch mit den lokalen Bündnissen für Familie, die ich in den letzten Jahren betreut habe, aber gezeigt, dass es auch in diesen Betrieben eine grundsätzliche Offenheit gibt. Ob sich das für die einzelne Arbeitnehmerin in jedem einzelnen Betrieb schon immer so niederschlägt, das mag ich von hier aus nicht zu beurteilen. Aber eine Aufgeschlossenheit gegenüber diesem Thema gibt es.

Zu den Regionalstellen: Ich kann das gut verstehen, dass Sie gerne eine Planungssicherheit und auch von mir eine Aussage über den unveränderten Fortbestand hätten. Sie wissen aber auch, dass wir den Haushaltsrahmen für das nächste Jahr noch nicht festgelegt haben. So lange können wir auch nichts Konkretes sagen. Deshalb nur ein paar grundsätzliche Bemerkungen: Die Regionalstellen sind ja in Zeiten entstanden, als die frauenpolitische Infrastruktur so gut wie noch nicht existent war. Wir hatten relativ wenig kommunale Gleichstellungsbeauftragte. Wir hatten innerhalb der Arbeitsverwaltung noch nicht die Beauftragten für Chancengleichheit von Frauen. Es gab also viele Strukturen noch nicht, die wir heute haben. Auf der anderen Seite haben wir ein großes Engagement in den Regionalstellen, die sich diesem ganzen Spektrum Frau und Beruf im umfassenden Sinne angenommen haben, die auch, und das hat viele Kammern immer gut schlafen lassen, für die Kammern bei der Rekrutierung von europäischen Mitteln eine wunderbare ergänzende Funktion dargestellt haben. Sie waren nämlich das leibhaftige Gender-Mainstreaming, was man sonst hätte selber organisieren müssen.

Das hat natürlich auch dazu geführt, dass originär zuständige Stellen, die sich aus unserer Sicht eigentlich dieses Themas annehmen müssten, entspannt zurückgelehnt haben nach dem Prinzip: dafür haben wir ja die Regionalstellen. Ich denke dabei an Fragen, wie fördere ich Existenzgründung von Frauen, wie fördere ich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie fördere ich eine gezielte Integration in den Arbeitsmarkt. Die Regionalstellen haben dann trotz meist knapper personeller und finanzieller Ausstattung Erfolge erzielt. Es hat aber kein Zusammengehen der verschiedenen Institutionen gegeben. Und da wollen wir systematisch ran. Z. B. hat die Wirtschaftsministerin, Frau Thoben, beschlossen, dass sie One-Step-Agenturen für Existenzgründungen auf den Weg bringen will. Wir wollen, dass das Thema Exis-

tenzgründung von Frauen dort verankert wird, denn da gehört es auch hin. Frauen werden zukünftig bei Existenzgründungen eine wichtige Rolle spielen. Alle Wissenschaftler sagen uns, dass bei den Männern im Grund genommen das Potential ausgeschöpft ist. Bei den Frauen hingegen ist vor allen Dingen im Dienstleistungsbe- reich noch Spiel drin. Unser Ziel ist Strukturen im Sinne einer effizienteren Förderung von Frauen an dieser Stelle zusammenzuführen. Ich persönlich habe diesen Stand- punkt immer leidenschaftlich vertreten.

Zum Thema "Generationen übergreifende Politik" als Klammer: Das ist ein sehr wich- tiger Ansatz aber gleichzeitig auch ein schwieriges Problem aber wir starten den Ver- such, unsere Politikansätze fachübergreifend zu formulieren und auszutauschen. Es soll eben nicht mehr heißen: jetzt kommt die Frauenpolitik, daneben steht die Famili- enpolitik und dann tun wir auch noch etwas für die Jugend, und schließlich kommen die Älteren dran. Wenn wir dann ganz fertig sind, kümmern wir uns um die Migranten. Mit unserm neuen Politikansatz wollen wir diese Felder viel stärker miteinander ver- knüpfen. Darum z. B. arbeiten die Integrations-, die Frauen- und die Familienabtei- lung am Thema "Familienzentren".

Sie haben die Sprachförderung angesprochen. Das ist auch ein Schwerpunktthema für uns. Wir werden dafür kämpfen, dass wir dafür auch die nötigen Haushaltsmittel bekommen, um diesen Bereich auszubauen. Die Landesregierung hat ja gesagt, dass dieser Bereich von Einsparungen ausgenommen werden soll. Darauf beruft sich mein Ministerium und darauf berufe auch ich mich. In diesem Sinne wünsche ich Ih- nen jetzt noch gedeihliche und hoffentlich harmonische Diskussionen bei Ihrem Ar- beitsprogramm. Ich muss mich jetzt leider schon von Ihnen verabschieden.

Herr Droege:

Herzlichen Dank Frau Staatssekretärin für Ihre Replik auf den einen oder anderen Diskussionsbeitrag, der deutlich gemacht hat, dass wir tatsächlich hinreichenden wei- teren Diskussionsstoff haben. Ich wünsche Ihnen eine gute Fahrt nach Düsseldorf. Setzen Sie an zum Tiefflug und vielleicht haben Sie ja untypischerweise Glück, dass kein Stau sich Ihnen in den Weg stellt.



Fraktion im Regionalrat Arnsberg

Regionalrat Arnsberg
Herrn Vorsitzenden
Hermann-Josef Droege
c/o Bezirksregierung Arnsberg
Postfach
59817 Arnsberg

Antrag der CDU Fraktion zur Sitzung des Regionalrates am 22.09.2005

Auf Antrag der CDU Fraktion beschließt der Regionalrat:

Die Bezirksregierung wird gebeten, über die eingeleiteten und geplanten Maßnahmen zur Bewältigung der sich abzeichnenden demografischen Probleme bei den Städten, Gemeinden und Kreisen des Regierungsbezirks detailliert zu berichten.

Der Regionalrat erwartet einen ersten Bericht Anfang 2006.

Begründung:

Unter TOP 5 wird in der Sitzung am 22.09.2005 die demografische Entwicklung im Regierungsbezirk Arnsberg im Regionalrat bereits zum zweiten Mal behandelt. Die Problemlage stellt sich nach Auffassung der CDU Fraktion in den Kommunen außerordentlich differenziert dar und es zeichnen sich sehr unterschiedliche Handlungsfelder ab. Ob und wie diese Handlungsoptionen regional flankiert werden müssen, ist noch nicht eindeutig. Eine Darstellung der eingeleiteten und geplanten Maßnahmen der Städte, Gemeinde und Kreisen, aber auch der Bezirksregierung ist in dieser Frage für die weitere Behandlung notwendig.

gez. Manfred Rahmede

TOP 4: Rede von Regierungspräsident Helmut Diegel

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin der Neue. Der Vorsitzende und ich haben gerade besprochen, dass ich mit Rücksicht auf den engen zeitlichen Rahmen, die wir haben, sehr kurz fasse. Zumal ich nachher ja ohnehin zur Verabschiedung von Frau Drewke ein paar grundsätzliche Ausführungen machen werde.

Deshalb jetzt nur ein paar persönliche Worte, die ich hier an Sie richten möchte. Zunächst einmal ist es auch für mich, der 20 Jahre im Parlament tätig war, ein ungewohnter Schritt von der Legislative in die Exekutive. Das ist eine neue Erfahrung aber auch eine Herausforderung. Ich kann mir vorstellen, dass das auch für Sie hier in diesem Raum, eine neue Erfahrung und vielleicht auch eine Herausforderung ist; nicht nur im Bezug auf die Person sondern auch politischen Wechsel in Düsseldorf. Ich für meinen Teil freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit Ihnen und biete Ihnen gern auch an, über die Parteigrenzen hinaus miteinander zu arbeiten.

Vielleicht kann als positives Beispiel dienen, wie ich bei der Bezirksregierung aufgenommen wurde. Ich bedanke mich sehr beim Vizepräsidenten, bei den Abteilungsleitern, bei der Abteilungsleiterin und bei den Dezernaten, dass sie mich so aufgenommen haben. Ich war positiv überrascht über die vertrauliche und konstruktive Zusammenarbeit. Ich denke, das ist ein gutes Beispiel, wie man miteinander umgehen kann. Wir alle müssen lernen, auch in anderen Situationen und mit anderen Mehrheiten vernünftig miteinander umzugehen. Für mich ist es eine besondere Herausforderung, das Miteinander auch und gerade über die Parteigrenzen hinweg, in den Vordergrund zu stellen. Wenn wir das schaffen, dann sind wir schnell bei der inhaltlichen Arbeit.

Ich darf habe mir natürlich ein paar Schwerpunkte gesetzt. Davon werden Sie in der nächsten Zeit das ein oder andere hören, je nachdem wie sich die Gelegenheit ergibt. Als Stichworte für meine Arbeitsschwerpunkte nenne ich die Themen Arbeitslosigkeit und neue Arbeitsplätze, das Thema Finanzen, insbesondere der Kommunalfinanzen und natürlich das uns mindestens in den nächsten fünf Jahren beschäftigende Thema der Verwaltungsstrukturreform.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass der Grund weswegen ich hier stehe, im wesentlichen der letzte Punkt ist. Der Ministerpräsident und die Landesregierung haben hier eine politische Vorgabe gemacht. Und ich mache auch keinen Hehl daraus, dass ich

mit einer der Architekten an dem Koalitionsvertrag war und deswegen natürlich auch voll dahinter stehe. Es gilt allerdings zu diskutieren, wie man mit dem Thema hier auch in dieser Region umgeht. Es ist eine Herausforderung für uns alle, eine Herausforderung, die uns nicht nur alle beschäftigt um unser selbst Willen, sondern weil wir uns zukunftsgerichtet auf den Wandel einstellen müssen. Ich glaube, dieses Thema ist mindestens so spannend, wie das Thema Demografie, über das wir gerade diskutiert haben.

Bei dieser Gelegenheit darf ich übrigens noch mit ergänzen, dass Herr Minister Latschet mir das Angebot gemacht hat, zu einer der nächsten Sitzungen zu kommen. Ich glaube, nach der heutigen Diskussion wird dieses Thema ja nicht abgeschlossen sein. Es gibt ja hier vielmehr noch eine Menge Fragen, so dass uns die Problematik weiter beschäftigen wird. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir den Anker hier in dieser Region setzen und dass wir uns den Herausforderungen stellen, die es aus dieser Region gibt. Und dazu gehört es natürlich auch, dass wir aufpassen müssen, dass wir möglicherweise mit unseren Planungen und Überlegungen, wie wir auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren, nicht in Strukturen eingreifen und die Sache eher verschlimmern. Ich nehme daher den Auftrag auch für die Bezirksregierung ernst, da nicht nur zu vermitteln, sondern dafür Sorge zu tragen, dass gemeinsam Lösungen erarbeitet werden, die auch tragen; und zwar nicht nur für den Moment sondern auch für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ihre Unterstützung. Sie sind ja nicht nur viel länger im Amt, der Regionalrat soll ja die Bezirksregierung beraten. Davon will ich gerne Gebrauch machen, denn wir brauchen den Rat aus dieser Region. Sie dürfen aber auch gerne Probleme an mich herantragen; denn ich bin es gewohnt, mit Problemen zu leben. Um Lösungen zu finden bin ich bereit, unkonventionelle Wege zu gehen - so wie ich das in den letzten 20 Jahren getan habe. Ich freue mich darauf, dies zumindest in den nächsten fünf Jahren hier zu tun. Ich lade Sie herzlich ein zu einer konstruktiven Zusammenarbeit. An mir soll es nicht liegen und wie ich weiß aus den Gesprächen mit vielen von Ihnen, an Ihnen auch nicht. Ein herzliches Glückauf!

Aussprache zu TOP 6

Herr Droege:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dem Tagesordnungspunkt 6 liegt Ihnen die Vorlage zum Thema Schule und Wirtschaft vor. Hierzu gab es auch eine ausführliche Vordiskussion in der Strukturkommission. Gibt es hierzu weitere Nachfragen, Anregungen, Vorschläge Ihrerseits?

Frau Cziehso:

Nur einige kurze Anmerkungen zu dieser Vorlage. Die Initiative, die hier geschildert ist aber leider noch nicht durchgängig überall Platz gegriffen hat, ist auf jeden Fall zu begrüßen. Das Problem, das sich an dieser Stelle zeigt, ist eigentlich ein Problem, das gerade in dem Vortrag unter dem vorangegangenen Tagesordnungspunkt schon angeklungen ist. Die Bemühungen um die Verbindung zwischen Wirtschaft und Schule sind zu begrüßen. Es hakt aber dann an einem ganz wichtigen Punkt, nämlich da, wo die Schüler hoch motiviert und gut vorbereitet auf den Beruf sind, dann aber keine Ausbildungsstellen finden. Deshalb hier noch mal der ganz dringende Appell, zunächst einmal zusätzliche Ausbildungsstellen bereitzustellen, möglicherweise auch über Veränderungen in Ausbildungsberufsbildern nachzudenken und der dringende Appell an die Schulen und auch an die Schüler in ihrem Bemühen nicht nachzulassen.

Frau Beuermann:

Herr Vorsitzender, ich habe eher eine Wissensfragen; und zwar werden Seite 4 unter 3.1 die Lehrerbetriebspraktika angeführt. Mich würde interessieren, getrennt nach Schulamtsbezirken, wieviele Betriebspraktika in den Sekundarstufen I und II, nach Gesamtschulen und Gymnasien getrennt und in welchen Berufsbereichen durchgeführt wurden. Was mir in der Vorlage fehlt, sind entsprechende Aussagen zu den Förderschulen.

Herr Droge:

Herr Salomon, können Sie Stellung nehmen?

Herr Salomon:

Ja kann ich, was den Bereich der Förderschulen angeht, sind die selbstverständlich auch sowohl in den Arbeitskreisen als auch den von uns initiierten weiteren Arbeits-

gemeinschaften zwischen Schule und Wirtschaft integriert, und zwar sowohl von Seiten der Schulaufsicht als auch seitens der Schulleitungen. Die einzelnen Zahlen der Lehrerbetriebspraktika will ich gerne nachreichen. Die habe ich jetzt hier so nicht vorliegen. Ich bin aber bereit, dieses dem Regionalrat für die nächste Sitzung nachzuliefern.

Herr Droege:

Ich möchte gerne von mir aus noch einen weiteren Aspekt ansprechen. Da ich beruflich mit dem einen oder anderen Betrieb häufiger zu tun hat und dann noch die Frage der Lehrlingsausbildung sehr offensiv anpackt und versucht um Lehrstellen zu werben, hört man auch sehr oft, dass viele Betriebe, die Lehrstellen anbieten, diese nicht mehr adäquat qualifiziert besetzen können. Ich glaube, dass sich hier eine Diskrepanz auftut, zwischen der nominellen Zahl derer, die Lehrstellen nachfragen und den mittlerweile extrem hohen Anforderungen an „Lehrstellenbesetzer“. Wir stellen fest, dass die Ausbildungsinhalte teilweise derartig kompliziert geworden sind, dass etwa Hauptschulabgänger diese Ansprüche nur noch selten erfüllen können. Insofern gibt es möglicherweise auch zusätzlichen und nicht heute zu erledigenden Diskussionsbedarf darüber, inwieweit Ausbildungsinhalte das abbilden, was in der täglichen betrieblichen Praxis wirklich erforderlich ist oder inwiefern zum Teil fast Ansprüche mit Fachhochschulniveau in berufspraktische Ausbildungen hineingepackt werden, die jedenfalls für die laufende berufliche Praxis meistens nicht erforderlich sind. Insoweit habe ich den Eindruck, dass es hier Diskrepanzen gibt, die angeglichen werden müssen.

So jetzt gibt es weitere Wortmeldungen, zunächst Herr Freisewinkel, dann Frau Weiß und Frau Beuermann noch mal.

Herr Freisewinkel:

Herr Vorsitzender, mir fehlt in der Beschreibung der Ausgangslage - ich beziehe mich damit auf Ihren Wortbeitrag – leider, dass es auch Versäumnisse im Rahmen der Wirtschaft gibt, nämlich für adäquate Ausbildungsplätze mit anschließender Weiterbeschäftigung in den Betrieben zu. Sie beschreiben die Situation aus Ihrer Sicht. Ich sehe die Situation aus einem etwas anderen Blickwinkel. Es gibt ein Vorurteil in unserer Gesellschaft, das gerade Unternehmen und Unternehmensverbände pflegen,

dass nämlich die jungen Menschen weder ausbildungswillig noch ausbildungsreif wären. Das steht auch hier so in der Vorlage.

Schlicht und ergreifend kann man sagen, dass auch diese Hausaufgaben bei den Betrieben gemacht werden müssen, weil nämlich die Betriebe auch teilweise nicht ausbildungswillig und ausbildungsfähig sind. Ansonsten bleibt festzustellen: Wenn diese Ausbildungsordnungen für das duale System geschaffen werden, dann sitzen sowohl Vertreter der Wirtschaft als auch der Kammern als auch der Berufsschulen und eben auch der Arbeitnehmerverbände mit am Tisch. Und ich kann mich daran erinnern, weil ich selbst in einem solchen Beratungen gesessen habe, dass z. B. dem Erwerb sozialer und persönlicher Kompetenzen immer von Arbeitgeberseite entgegen gesprochen wurde.

Herr Droege:

Herr Freisewinkel ich nehme an, dass Ihr Beitrag noch einigen Widerspruch herausfordern wird, auf den ich persönlich im Moment aber zugunsten anderer Diskutanten verzichte.

Frau Weiß:

Ich finde das Papier sehr interessant., Ich denke, ein Fachdialog Schule – Wirtschaft, ist von herausragender Bedeutung, um junge Menschen zu qualifizieren und auch um den Nachwuchs in den Betrieben zu fördern, den wir alle brauchen. Mir fehlen bei dem vorgelegten Papier und bei den Handlungsansätzen allerdings zwei Bereiche, von denen ich meine, dass man den Dialog erweitern und spezifizieren sollte. Da ist zum einen ist es das, was die Staatssekretärin auch gerade schon angesprochen hatte, nämlich das Thema Gender Mainstreaming, also die besondere Förderung von Frauen z. B. in technischen Berufen, in Berufen in denen bisher Frauen nicht in großer Anzahl tätig sind. In diesen Bereichen müssen Frauen gefördert werden, damit sie sich auch zutrauen, nicht nur den klassischen Beruf der Friseurin zu ergreifen, sondern auch darüber hinaus zu denken und andere Berufe zu ergreifen. Da fehlen mir die Ansätze in diesem Papier.

Und zum zweiten sehe ich noch weiteren Handlungsbedarf zu dem, was auf Seite 6 beschrieben wird. Es fehlt mir die Erweiterung um die Aspekte Ökologie, Nachhaltigkeit und z. B. Agenda 21. Da sind in dem Papier eigentlich keine Ansätze vorhanden. Die SIHK Hagen hat den Wettbewerb unter dem Stichwort durchgeführt. Da hätte ich

mir gewünscht "Automotive und öffentlicher Verkehr" als integrierter Ansatz. Der Ansatz der Grünen war immer die Integration von ökonomischen und ökologischen Aspekten. Die ökonomischen Aspekte sind, denke ich, weit reichend in diesem Papier dargestellt. Was mir fehlt sind die ökologischen Aspekte und insbesondere die Nachhaltigkeitsaspekte, die dann auch so Stichworte wie „fairer Handel“ mit einbeziehen. Ich denke wir müssten uns auch der Verantwortung stellen, diese Aspekte mit in diesen Dialog einzubeziehen. Wir sind auch für die Dritte Welt oder für die eine Welt insgesamt verantwortlich.

Frau Beuermann:

Herr Dröge, Sie hatten das Stichwort Ausbildungsinhalte genannt. Es ist aber auch die Ausbildungsordnung genannt worden. Im Berufsbildungsgesetz habe ich jetzt gefunden, dass es auch die Möglichkeit der Teilzeitberufsausbildung gibt und da hätte ich gerne gewusst, wie dieses in Betrieben überhaupt umgesetzt wird und ob Betriebe dieses schon in Anspruch genommen haben bzw. ob Auszubildende Teilzeitberufsausbildung schon beantragt haben.

Herr Droge:

Frau Beuermann, ich frage auch in Richtung von Herrn Salomon, ob es Intentionen dieser Vorlage sein konnte, diese berufsausbildungsrechtlichen Aspekte mit aufzuarbeiten oder ob es eher darum gegangen ist, darzustellen, wie Wirtschaft mit Schule kooperiert. Das müssten wir vielleicht noch etwas differenzieren.

Jetzt habe ich noch Wortmeldungen gesehen von Herrn Tillmann, Herr Rittermeier und Herr von Buchwald.

Herr Tillmann:

Meine Damen und meine Herren, es sind einige Stellungnahmen abgegeben worden bezüglich der Partnerschaft von Schulen und Wirtschaft. Ich als Vertreter der Handwerkskammern im Regierungsbezirk, kann nur feststellen, dass die Kooperation der Berufsschulen vor Ort mit den Innungen, mit den Kreishandwerkerschaften hervorragend funktioniert, wenn die Partner aufeinander zugehen. Das ist aus meinem Blickwinkel der Handwerkskammer Dortmund für den gesamten nördlichen Bereich des Regierungsbezirkes Arnsberg überall der Fall. Da gibt es überhaupt keine Defizite.

Ich finde es aber nicht in Ordnung, wenn hier so pauschal über Arbeitgeber geurteilt wird, wenn wir pauschal über Defizite oder Nicht-Defizite bei Auszubildenden oder Schüler sprechen. Genauso unangemessen finde ich es, wenn Berufsausbildungsinhalte einem Fachhochschulstudium gleich gesetzt werden.

Meine Damen, meine Herren, heute haben wir sicherlich nicht die Zeit dazu; aber wir sollten einmal ausführlich darüber sprechen, was Inhalte der Ausbildung sowohl in der Industrie als im Handel als auch im Handwerk sind. Wir können sicherlich nicht davon sprechen, dass das ein Fachhochschulstudium ist. Allerdings müssen bestimmte Anforderungen erfüllt sein. Dazu folgendes Beispiel: Viele sind der Auffassung sind, dass ein Malergeselle nicht richtig rechnen können muss. Ich möchte Sie alle aber fragen: Möchten Sie einen Handwerker haben, der zu Ihnen kommt und der dann feststellt, dass er nicht die Tapeten bzw. die Farbe dabei hat, weil er vorher die Räume und Flächen nicht richtig berechnen konnte? Aber diese Vorstellung existiert immer noch in manchen Köpfen, die nur meinen, dass der Maler, nicht rechnen zu können braucht.

Das Handwerk ist sicherlich einer der großen Ausbilder der Nation, das ist unbestritten. Sie wissen aber auch alle, dass es in der Handwerkswirtschaft im Augenblick nicht gut aussieht. Wir haben 140.000 Mitarbeiter im letzten Jahr verloren und im laufenden Jahr, Stand Ende September, sind es weitere 160.000 Mitarbeiter. Darum bitte ich auch nicht auf die Handwerksbetriebe einzuschlagen, weil sie nicht mehr ausbilden. Wenn schon Mitarbeiter entlassen werden, kann auch nicht ausgebildet werden. Vor einer Ausbildungsplatzabgabe bräuchte das Handwerk keine Angst zu haben, weil die 10 % Ausbildungsquote in jeden Betrieb erreichen.

Es wird stark ausgebildet. Wir haben in unserem Handwerkskammerbezirk bei den Ausbildungsverträgen leider keine Pluszahlen zu vermelden, anders als die IHK'en, die leichte Pluszahlen vermelden können, je nachdem in welcher Region sie sind. Wir haben leider ein Minus von 2 %, zum Stand Ende September zu verzeichnen. Das ist betrüblich. Wir von der Handwerkskammer Dortmund sind mit unseren Aktivitäten, mit unseren Ausbildungsberatern und mit allen Partnern intensiv dabei, die unversorgten Bewerber noch zu vermitteln. Unsere Erfahrung ist aber auch: wenn sie die, die noch nicht versorgt sind, einladen, kommen, um eine Zahl zu nennen von 400 Eingeladenen keine 40, die eine Lehrstelle haben wollten. Danke schön.

Herr Droege:

Ich habe mit Blick auf die relativ enge Zeitvorgabe die Bitte an die nachfolgenden Redner, dass wir uns jetzt möglichst nicht mehr oder weniger wirtschafts- und allgemeinpolitisch auseinandersetzen sondern wirklich konzentriert die Vorlage diskutieren, um uns dann ggfls. anschließend darüber zu verständigen, wenn denn Bedarf besteht, an anderer Stelle diese Thematik weiter zu führen.

Herr Rittermeier:

Herr Vorsitzender, Sie wissen ja, dass ich mich immer kurz und knapp halte. Ich halte den Fachdialog Schule - Wirtschaft für sehr notwendig, weil wir erkennen müssen, dass sehr viele Jugendliche und auch ihre Eltern nicht genügend Transparenz und Kenntnisse über die heutigen Berufe haben. Die Berufsbilder wandeln sich ja sehr schnell, das Wissen über die Berufe stammt aber oft aus Zeiten, die ein/zwei Generationen zurückliegen. Das gleiche gilt aber auch für die Lehrerinnen und Lehrern. Auch von daher halte ich den Fachdialog für notwendig.

Dann möchte ich einen zweiten Aspekt ansprechen: Ich bin auch alternierender Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses bei der IHK Arnsberg. Wir stellen vor dem Hintergrund der internationalen Konkurrenz fest, dass bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wie auch bei den Betrieben ist ein hohes know how oder immer höheres know how erforderlich ist, um sich international und global auch durchzusetzen. Das hat uns aber in die Lage gebracht, dass zur Zeit ein Großteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger diese erhöhte Messlatte nicht mehr überspringen kann. Junge Leute, die vor 20 oder 30 Jahren durchaus noch einen qualifizierten Fachberuf hätten erlernen können, sind heute ausgeschlossen. Ich weiß zwar keine generelle Lösung dafür, aber das ist ein Problem, mit dem wir uns in Zukunft noch sehr intensiv befassen müssen. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch die Frage der Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen sehen.

Herr von Buchwald.

Nur eine kurze Klarstellung gegenüber Frau Weiß, weil sie die Automotive-Untersuchung der drei südwestfälischen Industrie- und Handelskammern angesprochen hat, die in der Verantwortung meiner Abteilung entstanden ist. Also gerade, das, was Sie gefordert haben, haben wir mit dieser Untersuchung gemacht. Denn wir haben uns anders als vor 10 Jahren, als wir uns mit der Automobilzulieferindustrie im

Kammerbezirk Arnsberg befasst haben, diesmal mit dem gesamten Automotive-Bereich befasst, also auch die Unternehmen untersucht, die Eisenbahn- und Straßenbahnzulieferer sind. Davon gibt es eine ganze Reihe im Bezirk. D. h. wir haben den Bereich des öffentlichen Verkehrs sehrwohl mit abgedeckt.

Herr Fleskes:

Herr Vorsitzender, Herr Regierungspräsident, meine Damen und Herren, zum einen wird in der Vorlage sehr wohl erkennbar, dass es eigentlich eine unglaublich große Anzahl von Anstrengungen gibt. Es fällt eigentlich eher schwer, den noch Überblick zu behalten über die vielen und in der Tat sehr gut ausgerichteten Initiativen in den Schulen. Das erkennt man auch an den fast identischen Bezeichnungen für bestimmte Initiativen, die in unterschiedlicher Weise aber zum selben Ziel führen sollen. Ich fände es gut, wenn man noch einmal versuchen würde, auch in Zukunft dies noch übersichtlicher und noch deutlicher gestrafft darzustellen, damit auch hier möglicherweise Doppelbelegungen und ähnliche Dinge vermieden werden können. Aber der Weg, der eingeschlagen ist, ist, glaube ich, richtig.

Zu dem Thema, das hier im Moment vielleicht eher zu Aufwallungen führt, will ich sagen, dass wir bitte aufhören sollten, jetzt gegenseitig aufeinander einzuschlagen und zu gucken, wer denn an dem richtigen Ende des Stricks zieht. Wir müssen alle am gleichen Strick ziehen. Insofern ist es eigentlich relativ müßig sich darüber Gedanken zu machen, ob beispielsweise in Ausbildungsordnungen vielleicht auch die Schlicht-Ausbildungen vorgesehen werden müssen. Ich bin vielmehr der Auffassung, die ja gerade auch schon geäußert worden ist, dass wir hoch qualifizierte Ausbildungen brauchen. Wir brauchen junge Leute, die in der Lage sind, auch im internationalen Wettbewerb mithalten. Das ist unser Potential. Deswegen wird man versuchen müssen, die Defizite, die es zweifelsfrei auch in der schulischen Ausbildung gibt, zu beheben, um die Leute an diesen Stand heranzuführen. Ich halte aber nichts davon, die Niveaus in der Ausbildung zu senken. Ich meine, das ist auch das gemeinsame Bemühen von Wirtschaft und den Ausbildungsinstituten und den Schulen. Daran sollten wir weiter arbeiten.

Was mir im Augenblick wichtig ist, ist dass wir den Blick noch nicht so weit nach vorne richten, wie das am Anfang der Vorlage geschieht. Es ist zwar auch wichtig, den Blick auf die Zeit nach 2010 zu richten, wenn junge Leute möglicherweise mehr oder weniger für eine Ausbildung angeworben werden müssen; vorrangiges Ziel muss

aber sein, die Ausbildungsfähigen und Ausbildungswilligen, und das ist die ganz große Anzahl der Jugendlichen, jetzt zu versorgen. Das ist natürlich in der Tat auch eine Aufgabe, der sich die auch Wirtschaft stellen muss. Insofern sind beide, die Schule und die Wirtschaft, verpflichtet, sich hier nicht gegenseitig vorzuhalten, was alles nicht geht, sondern zu tun, was geht. Denn das ist eine ganze Menge.

Herr Wiggermann:

Ich habe mich zu Wort gemeldet als Lehrer und als ehemaliger Arbeitsvermittler und Arbeitsberater bei der Bundesagentur für Arbeit. Ich denke, dass diese Kombination deutlich macht, warum ich mich zu diesem Thema zu Wort gemeldet habe. Ich möchte gerne auf die Vorlage verweisen. Ich halte es für völlig richtig und für sehr zukunftsweisend, wenn Lehrer an den Schulen zunehmend in das Vermittlungsgeschäft eingreifen. Ich will sie nicht zu Vermittlern machen, denn das ist aufgrund ihrer Hauptaufgabe nicht möglich. Wenn Lehrerinnen und Lehrer aber betriebskundig sind und sich engagieren, dann ist das ein großer Schritt zur passgenauen Vermittlung; denn wer könnte denn die beruflichen und sozialen Qualifikationen eines jungen Menschen besser einschätzen als ein Lehrer, der sie über Jahre betreut. Dafür muss er natürlich die beruflichen Anforderungen kennen, die auf die Schülerinnen und Schüler zukommen.

Ich will auch betonen; und ich erlebe das an der Schule, an der ich tätig bin, dass die Rahmenbedingungen dafür sehr wohl bestehen. Ich sitze natürlich nicht hier, um die Bezirksregierung zu loben, an dieser Stelle tue ich es trotzdem. Ich erlebe im Zuge der selbständigen Schule insbesondere, dass wir mit dem gewonnenen Handlungsspielräumen etwas können. Wir müssen nur noch konsequenter in diese Richtung weitergehen.

Herr Droege:

Ich denke, damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen. Es war ohnehin keine Abstimmung sondern die zustimmende Kenntnisnahme erforderlich.

Meier, Hartwig

Von: Hans Henneke [hans.henneke@arnsberg.regionalrat.de]
Gesendet: Montag, 12. September 2005 09:51
An: Meier, Hartwig; regionalrat, geschaeftsstelle; droege@nrw-regionalrat.de
Betreff: Anfrage gem. § 12 GO REgionalrat Arnsberg

CDU Fraktion
Regionalrat Arnsberg
12.09.2005

An
Bezirksregierung Arnsberg

nachr.
Vorsitzenden des Regionalrates Arnsberg
Herrn Droege

Anfrage gem. § 12 GO des Regionalrates

IGVP

Auf Anfrage in der Verkehrskommission am 8.9.2005 bestätigte Herr Regierungsvizepräsident Kosow, daß die seit langem angekündigten IGVP-Daten für den Regierungsbezirk Arnsberg der Bezirksregierung vorliegen. Allerdings, so Herr Kosow, bestehe noch Erörterungsbedarf "mit dem Land".

Die CDU-Fraktion bittet die Bezirksregierung gem. § 9 Abs. 4 LPlG NRW, sämtliche bisher zur Verfügung stehenden IGVP-Daten dem Regionalrat spätestens bis zum 20.09.2005 zur Verfügung zu stellen. Angesichts der bisherigen "Präsentation" und "Behandlung" der Thematik IGVP durch Vertreter der Landesregierung im Regionalrat erwartet die CDU-Fraktion die Informationen über "ungefilterte" Daten, um die nachfolgende, sicherlich notwendige Diskussion angemessen zu begleiten.

Deshalb behält sich die CDU-Fraktion ausdrücklich die Beantragung einer Sondersitzung der Verkehrskommission vor.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Hans Henneke
Parl. Geschäftsführer der CDU Fraktion

P.S. Ich bitte den Eingang der Mail kurz auf gleichem Wege zu bestätigen.

SPD
im Regionalrat
des Regierungsbezirks Arnsberg

Bezirksregierung Arnsberg
Herrn Regierungspräsidenten Helmut Diegel
Seibertzstraße 1
59821 Arnsberg

22.09.2005

Auswirkungen der haushaltswirtschaftlichen Sperre des Finanzministers

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,

Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat am 30. Juni 2005 mit sofortiger Wirkung eine Haushaltssperre verfügt. Die Haushaltssperre soll alle freiwilligen Ausgaben des Landes umfassen. Betroffen sein sollen insbesondere Fördermaßnahmen, die noch nicht bewilligt sind.

Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, mir folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche im Jahr 2005 abzuwickelnden Förder- und Straßenbauprogramme, über die der Regionalrat bereits entschieden hat, sind von dieser Haushaltssperre betroffen?
2. In welchem Umfang hat die Bezirksregierung Arnsberg bis zur Verhängung der Haushaltssperre in den betreffenden Bereichen bereits Bewilligungen erteilt?

Mit freundlichen Grüßen


Michael Pendzich
Fraktionsvorsitzender